

## Debattenbeitrag

### Linke Politik für Neukölln – Debatte zur kommunalpolitischen Strategie

#### **Wir haben viel zu verteidigen – und wir können mehr gewinnen**

##### **Schwierige Ausgangslage in den Bezirken**

Mit dem Berliner Haushalt 2022/23 drohen gewaltige Sparprogramme wegen der verminderten Einnahmen und der Refinanzierung Kosten der Corona-Krise. Ab 2023 soll zudem die Schuldenbremse gelten. Bereits jetzt hat der Finanzsenator angekündigt, dass vor allem bei den Bezirken eingespart werden wird. Damit schrumpft der sowieso kleine finanzielle Spielraum der Bezirksämter in sich zusammen. Das bedeutet: Soll irgendwo etwas zusätzlich ausgegeben werden, muss das an anderer Stelle eingespart werden. DIE LINKE darf diese Sparprogramme nicht mittragen. Als Fraktion in den Haushaltsberatungen sollten wir uns nicht der Logik „Für jede Forderung muss eine andere Stelle genannt werden, an der die beantragte Summe gekürzt wird“ ergeben, sondern fordern, dass der Senat mehr Schulden aufnimmt, um die Daseinsvorsorge auskömmlich zu finanzieren. Wir verlangen außerdem ein Aussetzen der Schuldenbremse sowie eine höhere Besteuerung für Reiche und eine Corona-Sondersteuer. Einem nicht auskömmlichen Haushalt stimmen wir nicht zu.

##### **Vorschlagsrecht für einen Stadtrat unter Bedingungen eines Spar-Haushalts**

Für eine/n LINKEN Stadträt\*in ist diese Situation besonders heikel: Schon jetzt gibt es in keinem bezirklichen Amt ausreichend Mitarbeiter\*innen und Projekte wie die bereits beschlossene Rekommunalisierung der Schulreinigung werden aus Kostengründen blockiert. Es drohen Kürzungen der Mittel für Projekte im Sozial- und Jugendbereich, Rekommunalisierungen rücken in weite Ferne und weitere Privatisierungen drohen. Ein/e LINKE Stadträt\*in muss zwar zunächst nicht viel tun, um einen besseren Job zu machen als etwa der jetzige CDU-Stadtrat für Jugend und Gesundheit, Falko Liecke, der immer wieder mit rassistischen Vorstößen Schlagzeilen macht. Doch wird dieser Effekt nicht lange anhalten. Kein noch so respektvoller Umgang kann ausgleichen, dass einfach kein Geld da ist.

Dennoch kann DIE LINKE das Vorschlagsrecht für einen Stadtrat auch unter den Bedingungen eines Spar-Haushalts kaum ablehnen – zumal der Haushalt erst Ende 2021 beschlossen werden wird, aller Wahrscheinlichkeit nach *nach* der Konstituierung des Bezirksamts. Welche Ressorts sollte DIE LINKE unter diesen Bedingungen anstreben? DIE LINKE sollte in Neukölln offensiv das Ressort Stadtentwicklung und Wohnen fordern. DIE LINKE ist die Partei, die an der Seite der Mietenbewegung steht, die als einzige das Volksbegehren DW&Co. Enteignen unterstützt, die als einzige versucht, Verbesserungen für Mieter\*innen umzusetzen – und der in Umfragen auf diesem Gebiet auch am meisten zugetraut wird. Zudem lassen sich auf dem Gebiet lokal Erfolge erzielen und über Genehmigungen und Verbote im Bereich Bauen und Stadtentwicklung auch ohne den Einsatz zusätzlicher Mittel (welche es ja nicht geben wird) merkliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensumstände umsetzen (wenn auch natürlich in begrenztem Maße). Es ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, dass DIE LINKE dieses Ressort bekommen wird: Berlinweit haben es sich die Grünen überall dort gesichert, wo sie stark genug dafür waren. Dies ist auch in Neukölln wieder zu erwarten.

Als Alternative sollte DIE LINKE ein Ressort annehmen, wo der Schaden durch die Haushaltsknappheit begrenzt ist. Eine Möglichkeit wäre – bleibt es beim freien Zuschnitt der Ressorts durch die einzelnen Bezirke – das kleine Umweltamt, das momentan dem Ex-AfD-Stadtrat untersteht. Werden die Ressorts anders zugeschnitten, sollte der Gesichtspunkt der geringsten Behinderung durch die knappen zur Verfügung gestellten Mittel das zentrale Auswahlkriterium sein.

Wer auch immer sich als LINKER Stadtrat zur Wahl stellen möchte, sollte in jedem Falle bereit sein, bei Sparvorgaben auf Konfrontationskurs zu gehen und an der Seite der Betroffenen öffentlich gegen Kürzungen und Unterfinanzierung zu protestieren.

## **Forderungen und politische Arbeit**

Neukölln ist ein armer Bezirk, aber Neukölln ist auch ein bunter und ein linker Bezirk: Die Mietenbewegung im Bezirk ist stark, ebenso die antirassistische Bewegung, es gibt verschiedene Initiativen im Bereich Verkehr/Klima. Diese Dynamik ist allerdings unter Druck durch die Immobilienspekulation, die Neukölln besonders im Visier hat. Ein Hauptfokus wird darauf liegen müssen, sich gemeinsam mit Aktivist\*innen und Betroffenen gegen Verwertungsinteressen und Verdrängung zu wehren.

Unsere Aufgabe als LINKE und als LINKE Fraktion in der BVV ist es dabei nicht nur, die Initiativen und Betroffenen zu unterstützen und ihre Forderungen ins Kommunalparlament zu tragen, sondern dabei immer einen breiteren Horizont aufzumachen mit dem Ziel, Kämpfe zu verbinden und Forderungen nach konkreten Verbesserungen zu politisieren. Das stärkt die Bewegung und hilft dabei, Frustrationen aufzufangen, wenn man auf Bezirksebene scheitert. Für die Arbeit in der Fraktion hilft es dabei, sich dem Sog der Verwaltungslogik zu entziehen.

## **Ideen für Schwerpunktthemen / Forderungen / Projekte**

### *Berlins schärfster Milieuschutz*

Die Mieten steigen in Neukölln berlinweit mit am stärksten, die Bewohner\*innen Nordneuköllns sind sehr stark von Verdrängung bedroht. Solange es keinen wirksamen bundesweiten Mieter\*innenschutz gibt, müssen alle Möglichkeiten des Milieuschutzes ausgereizt werden. Dazu gehören:

- Anwendung des bezirklichen Vorkaufsrechts, überall, wo es geht. Dazu muss auf den Senat Druck ausgeübt werden, die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stärker in die Pflicht zu nehmen und mit Darlehen oder Zuschüssen zu unterstützen
- Scharfe Abwendungsvereinbarung
- Strikte Sanktionierung von Zweckentfremdung von Wohnraum: Wirksame Kontrollen gegen Nutzung als Ferienwohnungen, Beschlagnahmung von leerstehenden Immobilien (wie es in Hamburg geschieht, in Berlin bisher nur einmal in Steglitz-Zehlendorf)

*Den Hermannplatz für die Bewohner\*innen und Nutzer\*innen erhalten: Nein zur Zusammenarbeit mit Signa, kein Abriss von Karstadt Hermannplatz*

*Abkehr von den rassistischen Razzien und Polizeikontrollen*

*Tempelhofer Feld bleibt frei*

*Zivilgesellschaft stärken: Mehr Orte und Räume für nichtkommerzielle Nutzung schaffen*

*Gesundheitsamt als öffentliche Daseinsvorsorge stärken: Kein Stellenabbau nach Ende der Pandemie*

*Für eine andere Drogenpolitik – mehr feste Konsumräume statt Kontrollterror und Verdrängung*

*Wohnortnahe Versorgung mit Gewerbe für den alltäglichen Bedarf sichern*

- U.a. auch durch Verhinderung von noch mehr vor allem auf Tourismus ausgerichtete Gastronomie durch Versagen neuer Genehmigungen und ein neues Sondernutzungskonzept

*Verkehrswende sozial gerecht*